

## Rezensionen

Hubert Laitko

### **Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland 1945–1949**

Manfred Heinemann (Hrsg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland 1945–1949. Die Sowjetische Besatzungszone. Unter Mitarbeit von Alexandr Haritonow, Berit Haritonow, Matthias Judt, Anne Peters und Hartmut Remmers. Akademie Verlag, Berlin 2000 (edition bildung und wissenschaft, Band 4), 478 S.

Manfred Heinemann, der namhafte Hannoveraner Bildungshistoriker und Hochschulforscher, hat bereits zu Beginn der neunziger Jahre mit drei von ihm herausgegebenen umfangreichen Bänden zur Hochschulpolitik der westlichen Besatzungsmächte Aufsehen erregt<sup>1</sup>. Das Konstruktionsprinzip dieser durch Konferenzen vorbereiteten Bände, historische Analysen und persönliche Erinnerungen Beteiligter, Äußerungen von Zeitzeugen und Ansichten von Historikern miteinander zu kombinieren und Diskussionen zwischen diesen beiden Personengruppen einzubeziehen, ermöglichte ein vielseitiges Panorama der Zeit, ohne sich den Zwängen einer durchgehenden monographischen Bearbeitung beugen zu müssen, und erlaubte die Konfrontation unterschiedlicher, mitunter auch konträrer Perspektiven, ohne das Risiko eines Auseinanderfallens der Darstellung in beziehungslose Mosaiksteine einzugehen. Die Forschungsarbeiten für diese drei Bände wurden im wesentlichen vor der deutschen Vereinigung geleistet; damals war noch nicht abzusehen, ob es jemals gelingen würde, ihnen einen vierten Band über die Sowjetische Besatzungszone an die Seite zu stellen und so das Fundament für vergleichende Betrachtungen zu vervollständigen.

## I

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland eröffneten sich hier neue Möglichkeiten. Im Anschluss an einen im Sommer 1990 am Zentralinstitut für Hochschulbildung in Berlin-Karlshorst von M. Heinemann gehaltenen Vortrag über das hochschulpolitische Engagement der drei westlichen Besatzungsmächte in der Nachkriegszeit entstand die Idee, nunmehr ein Parallelvorhaben für die Sowjetische Besatzungszone in Angriff zu nehmen. Roland Köhler, Hochschulhistoriker am Zentralinstitut, stellte die erforderlichen Kontakte zu russischen Kollegen her, die die Möglichkeit schufen, für den Spätsommer 1992 eine repräsentative Tagung unter Teilnahme einer Gruppe früherer Mitarbeiter des Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vorzubereiten. Die russischen Teilnehmer hatten zum Teil selbst auf dem Feld der Hochschulpolitik oder auf angrenzenden Gebieten in der SBZ gearbeitet, zum Teil beschäftigten sie sich mit diesem Fragenkreis als Forscher. Unmittelbar im Anschluss an diese Konferenz hatte Heinemann bereits eine Sammlung von Aufsätzen zu den dort behandelten Themen publiziert<sup>2</sup>. Nun liegt, ergänzt um weitere Studien zum Gegenstand, auch das Gesamtergebnis der Konferenz vor, leider mit größerer Verspätung, so dass die konzeptionelle Zusammengehörigkeit mit den drei den westlichen Besatzungszonen gewidmeten Bänden ausdrücklich in Erinnerung gerufen werden muss.

Es wäre schon ein wissenschaftliches Ereignis gewesen, die durch sachkundige Fragestellungen vertieften retrospektiven Binnenansichten der früheren SMAD-Mitarbeiter präsentieren zu können. Bereits dies war ein bedeutendes Novum, denn bis dahin kannte man von der hochschulpolitischen Tätigkeit der SMAD nicht wesentlich mehr als die geglättete Fassade der aus ihrer Arbeit hervorgegangenen Befehle und Anweisungen der Besatzungsmacht<sup>3</sup>; ein 1977 erschienener Erinnerungsband musste sich historisch-kritischer Betrachtungen noch weitgehend enthalten<sup>4</sup>. Die Motive des Handelns waren zum erheblichen Teil im Dunkeln geblieben. Die Konferenz leistete aber noch wesentlich mehr. Sie brachte die russischen Vertreter in Kontakt mit einer Auswahl derjenigen, an die die Besatzungspolitik adressiert war, so dass im Wechselgespräch die Absichten der einen Seite mit den Wirkungen auf der anderen Seite in Beziehung gesetzt und gegeneinander gewertet werden konnten.

Das Aufgebot deutscher Zeitzeugen ist ohne Übertreibung repräsentativ zu nennen, denn es reichte von deutschen Koakteuren der sowjetischen Besatzungspolitik über Personen, die auf ihren Lebenswegen – etwa infolge der dezidierten Förderung des Arbeiter- und Bauern-Studiums – von dieser Politik profitiert hatten, bis hin zu solchen, die Opfer dieser Politik wurden. Dabei ist während der Gespräche wiederholt deutlich gemacht worden, dass die ganze Lebensentwürfe zerstörenden willkürlichen Repressalien nicht von den sowjetischen Hochschulpolitikern, sondern vom autonom und unkontrolliert agierenden NKWD zu verantworten waren. Tatsächlich erstreckte sich die Skala der deutschen Zeitzeugen von dem Kommunisten Paul Wandel, der als Präsident der von der Besatzungsmacht bereits 1945 eingesetzten und auch für den Bereich der Hochschul- und Wissenschaftspolitik zuständigen Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung (DZVV) fungierte, bis zu dem einstigen Vorsitzenden des Studentenrates der Leipziger Universität Wolfgang Natonek, der im November 1948 vom NKWD verhaftet und von einem sowjetischen Militärgericht zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war. Veranstaltungen, auf denen die Akteure des Nachkriegsaufbaus aus ihren Erfahrungen berichteten, und solche, auf denen die Opfer stalinistischer Repressionen auftraten, hatte es auch für den Bereich der Wissenschaft schon früher gegeben – aber beide Arten von Manifestationen waren getrennte Welten. Auf der hier in Rede stehenden Konferenz gelang zumindest in Ansätzen die Interaktion dieser beiden Sphären historischer Erinnerung. Jenseits kruder Täter-Opfer-Dichotomien kamen sie miteinander in ein kultiviertes Gespräch, nicht frei von Bitterkeit, aber insgesamt beherrscht von Nachdenklichkeit und der Bereitschaft, sich aufeinander einzulassen. Eine bewegliche, diskursive Multiperspektivität anstelle starrer Fronten war der wohl wichtigste Ertrag des ganzen Unternehmens, das damit einen Stil praktizierte, der allen Bemühungen um die deutsche Nachkriegsgeschichte in ähnlicher Form zu wünschen ist.

Für diesen Ertrag war die substantielle Vorbereitung der Konferenz maßgebend. Dazu gehörte, dass Heinemann viele der bei der Arbeit an den drei vorhergehenden Bänden gewonnenen Erfahrungen einbringen konnte. Ein großer Fundus an Archivalien lag, systematisiert und aufbereitet, den Gesprächen zugrunde. Nicht minder wichtig war Heinemanns Bestreben, auf der Seite der teilnehmenden Historiker eine reine Westsicht zu vermeiden. Die deut-

schen Historiker, die neben den Zeitzeugen an den Diskussionen mitwirkten und von denen ein kleinerer Kreis intensiv mit der Vor- und Nachbereitung der Konferenz befasst war, kamen aus beiden Teilen Deutschlands und waren mit Erfolg darum bemüht, kooperativ zu arbeiten, ohne den Unterschied ihrer Positionen zu verbergen. Auch auf einem so stark von der Differenz der Überzeugungen berührten Gebiet wie der Geschichtswissenschaft gibt es einen (in der Regel nicht explizierten) übergreifenden Kodex der Wahrheitsuche, der dann zur Geltung kommen kann, wenn die Kultur des Diskurses die Polemik zügelt. Dafür sind die von Heinemann publizierten umfangreichen Protokollauszüge ein Demonstrationsbeispiel.

Das vorgelegte Material ist sowohl Ergebnis als auch Rohstoff der historischen Forschung. Für viele aus der Erinnerung geäußerte Ansichten bleibt die objektivierende Prüfung noch zu leisten. Der Band macht aber auch eindringlich klar, dass dem Bergen und Sichern des Rohstoffs höchste Priorität gebührt. Mit den Zeitzeugen sterben die Erinnerungen. 1992 war es schon brandeilig, eine Runde von Akteuren der unmittelbaren Nachkriegsperiode einzuberufen. Als der Band erschien, waren von den aktiven Teilnehmern der Konferenz bereits dreizehn verstorben. Manche der hier niedergelegten Ansichten gerade über die subjektive Seite des Nachkriegsgeschehens, die Motive, Stimmungen und Wertungen wären unwiederbringlich verloren, hätte sich die Konferenz, wie es in der Realität des Forschungsbetriebes oft genug geschieht, um Jahre verzögert. Der Sinn für die Unersetzlichkeit des Augenblicks gehört zu Heinemanns Forschungsmaximen. So gesehen, ist die verspätete Edition der Ergebnisse viel leichter hinzunehmen, als es eine Verspätung der Konferenz gewesen wäre.

Der vorliegende Band erinnert noch an eine andere (vielleicht, wenn man sehr optimistisch denkt, nicht für immer) verlorene Chance. Als Tagungsort wird das Wissenschaftliche Kommunikations- & Konferenzzentrum der Humboldt-Universität in Gosen genannt. Dieses Zentrum gibt es heute nicht mehr. Manfred Heinemann hatte seinerzeit wesentlichen Anteil daran, dass das einstige MfS-Objekt von der Treuhandanstalt der Universität zur Verfügung gestellt wurde und seine Umgestaltung zu einem attraktiven Campus für Seminare und Tagungen beginnen konnte. Es hätte nicht allein der Humboldt-Universität, sondern auch weiteren Einrichtungen des Berliner Raumes darunter zum Beispiel der Leibniz-Sozietät – ausgezeichnet dienen können. Den legi-

timen Bedürfnissen der Wissenschaft fehlte jedoch die unerlässliche Durchsetzungsmacht.

## II

Auch wenn der Schwerpunkt des Bandes bei der Hochschulpolitik liegt, werden nahezu alle Aspekte des institutionellen Umbaus der Wissenschaftslandschaft in der SBZ mehr oder minder eingehend erörtert. Das ist folgerichtig, wirkte sich doch die Besatzungspolitik auf alle Seiten des wissenschaftlichen Lebens aus, verleiht aber der Darstellung eine enzyklopädische Vielfalt, die eine systematische Besprechung der Gesamthematik verbietet. Zudem ist nicht nur von Wissenschaftspolitik in engerem Sinne die Rede. Das ganze politische Umfeld gerät in den Blick, man findet auch pointierte Aussagen über die Entwicklung der Parteien und ihre leitenden Persönlichkeiten in Ostdeutschland und vieles andere mehr. Der rote Faden, der alles zu einem Ganzen bindet und zu dem die Darstellung immer wieder zurückkehrt, ist das Selbstverständnis derjenigen, die in der SMAD mit Hochschulfragen befasst waren. Damit soll nicht behauptet werden, dass die von ihrer Tätigkeit ausgehenden Wirkungen in allen Dingen diesem Selbstverständnis entsprochen hätten; aber die Motive und Selbstwahrnehmungen der sowjetischen Offiziere waren ein Stück der historischen Wirklichkeit, ohne dessen Kenntnis diese Realität nicht voll verstanden werden kann, und sie finden hier einen authentischen Ausdruck in dem Maße, in dem Authentizität in der Retrospektive möglich ist.

Das Organ der SMAD, in dem wissenschaftspolitische Fragen vorzugsweise bearbeitet wurden, war ihre Abteilung Volksbildung, die (bis 1948) unter Leitung von Generalleutnant P.W.Solotuchin stand, einem erfahrenen Hochschullehrer und Bildungspolitiker. Diese Abteilung gliederte sich in mehrere Sektoren, und man muss es als einen außerordentlichen Glücksfall ansehen, dass es gelang, mit dem Leiter des Sektors Hochschulen und Akademische Institutionen P.I.Nikitin den für das Hochschulwesen und die Forschungsinstitutionen Ostdeutschlands wichtigsten Mitarbeiter der SMAD für das Vorhaben zu gewinnen. Der Band enthält ein umfangreiches Interview mit ihm, ergänzend sollten auch seine 1997 erschienenen Erinnerungen<sup>5</sup> gelesen werden. Sein Sohn A.P.Nikitin, Historiker und Archivar, der in Russland

über die Tätigkeit der SMAD an den Hochschulen in Ostdeutschland promoviert hatte, steuerte eine Studie über die Politik der SMAD zur Bildung des Lehrkörpers an den Hochschulen bei. Diese Studie (wie auch andere Texte des vorliegenden Bandes) stützt sich auf Akten der SMAD und zitiert diese Dokumente teilweise im Wortlaut; da diese russischen Archivbestände nach erfolgter Einsichtnahme inzwischen wieder für die Benutzung gesperrt wurden, konnten die Referenzen nur in generalisierter Form angegeben werden.

Es ist auffällig, dass jene russischen Autoren, die sich der SMAD als Historiker zuwenden, schärfer urteilen und mit rigideren Kategorisierungen arbeiten, als es jene tun, die selbst dabei gewesen sind. So betont J.S.Borisow, man würde die SMAD in einem falschen Licht sehen, wenn man sie sich als ein Organ vorstellt, „das angeblich selbständige und endgültige Entscheidungen fällen konnte“ (S. 157). In Wirklichkeit sei sie nur ein Glied des politischen Leitungssystems gewesen, dessen Spitze das Politbüro und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei bildeten. An dieser formellen Unterordnung besteht selbstverständlich kein Zweifel. Dennoch scheinen die Mitarbeiter der SMAD erhebliche Freiräume nicht nur empfunden, sondern tatsächlich besessen zu haben. Das Totalitarismuskonzept verleitet nur zu leicht dazu, Gesellschaften sowjetischen Typs so zu sehen, als seien sie von einem omnipotenten Subjekt nach dem Ideal allumfassender Kontrolle konstruiert worden. Davon kann keine Rede sein; was allerdings zutrifft und auch von den Erfahrungen der SMAD bestätigt wurde, ist der Umstand, dass sich keine Institution und keine Person der Freiräume ihres Handelns restlos sicher sein konnte – es war nie ganz ausgeschlossen, dass übergeordnete Instanzen restriktiv oder auch repressiv eingriffen. So geschah es bisweilen, dass ein Offizier vom Heimaturlaub nicht mehr auf seinen Platz in der SMAD zurückkehren durfte, ohne dass ihm Gründe dafür offenbart wurden. Man kann es nach den Ausführungen des Bandes als gesichert ansehen, dass die Sowjetunion nicht über ein vorbereitetes Pogramm verfügte, wie der Wissenschaftsbetrieb in Ostdeutschland zu behandeln wäre. Nur in der Frage der Entnazifizierung verhielt sich die Abteilung Volksbildung rigoros, aber das war kein Spezifikum sowjetischer Politik, sondern entsprach den gemeinsamen Festlegungen des Alliierten Kontrollrates. Sonst handelte sie im allgemeinen flexibel, ging tastend vor und entwickelte ihre Positionen im Dialog mit der deutschen Seite.

Meines Erachtens würde man aber zu weit gehen, wollte man die gleichsam unterbestimmte Handlungssituation, in der sich die Abteilung Volksbildung bewegte, auf den besonderen Stil Solotuchins und seines Mitarbeiterstamms zurückführen. Sie machten von dieser Situation Gebrauch, doch es hätte niemals in ihrer Macht gestanden, sie von sich aus zu schaffen. Die Spielräume der Besatzungspolitik, die in diesem Band vermessen werden, sind ein Argument für die Annahme, dass die Sowjetunion in der Kriegs- und frühen Nachkriegszeit noch nicht über eine zukunftsfähige Deutschlandpolitik verfügte und eher dazu neigte, ein neutralisiertes Deutschland im Vorfeld ihres Machtbereiches anzustreben, als dazu, den von ihr besetzten kleineren Teil des Landes direkt unter ihre Vorherrschaft zu nehmen. Die Offenheit der Situation, in der die Abteilung Volksbildung der SMAD agierte, wäre dann nicht als ein Nischenphänomen, sondern als ein Element einer weit umfassenderen globalstrategischen Unentschiedenheit zu verstehen. Dafür spricht die exzessive sowjetische Reparationspraxis, die – freilich mit dem moralischen Recht, für die von der deutschen Aggression angerichteten Zerstörungen wenigstens eine gewisse Wiedergutmachung zu fordern – das Innovationsvermögen der Wirtschaft und auch die technische Basis der Forschung in Ostdeutschland ohne jede Rücksicht auf eine etwa künftig erforderlich werdende Wettbewerbsfähigkeit gegenüber westlichen Konkurrenten nachhaltig schwächte<sup>6</sup> und möglicherweise die strategische wirtschaftliche Misere der DDR vorprogrammierte, aus der diese sich nie wirklich zu befreien vermochte.

Damit bekommt der Begriff der „Sowjetisierung“ (ein Derivat des Totalitarismuskonzepts), der in neueren Arbeiten zur DDR-Geschichte und auch im vorliegenden Band gebraucht wird, deutliche Sprünge. Die Darstellung vermittelt vielfach nicht den Eindruck, als hätte sich die SMAD beeilt, das Wissenschaftssystem in ihrer Besatzungszone nach sowjetischem Muster umzugestalten. Dort, wo sie sich für den Transfer sowjetischer Modelle engagierte (etwa bei der Beschaffung von Musterstudienplänen), versandeten ihre Bemühungen im Getriebe der Bürokratie, und dort, wo man die zielstrebige Übertragung sowjetischer Modelle zu sehen meinte, lag manchmal nichts weiter vor als eine ad-hoc-Lösung für ein situatives Problem. So galt etwa die Entwicklung der Akademie der Wissenschaften zu einer Organisation mit eigenen Forschungsinstituten oft als ein Paradebeispiel struktureller „Sowjetisierung“. Nach den Erinnerungen Nikitins verhielt es sich jedoch so, dass der

Beschluss des Alliierten Kontrollrates zur Auflösung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die SMAD vor die Frage gestellt hatte, was mit den in ihrem Einflussbereich gelegenen Einrichtungen dieser Gesellschaft geschehen sollte. Dabei sei der Gedanke aufgetaucht, den Bestand dieser Einrichtungen durch ihre Zuordnung zur Akademie zu sichern (S. 89). Es liegt auf der Hand, dass die Akademie hier zugreifen musste – hatte sie doch seit dem späten 19. Jahrhundert in wiederholten Anläufen vergeblich versucht, zu eigenen Forschungsinstituten zu gelangen. Ein anderes Beispiel ist die Gründung Gesellschaftswissenschaftlicher (neben den herkömmlichen Philosophischen) Fakultäten an einigen ostdeutschen Universitäten. Der Band macht deutlich, dass analoge Einrichtungen an den sowjetischen Universitäten gar nicht bestanden haben und dass es sich bei der Einführung dieser Fakultäten um eine Eigeninitiative der SED zur Stärkung ihres universitären Einflusses handelte.

Insgesamt vermitteln die Aussagen der russischen Zeitzeugen den Eindruck, dass es die deutschen Kommunisten in der SED waren, die vorpreschten und eindeutige Weichenstellungen in Richtung Sozialismus (nach dem Sozialismusverständnis der kommunistischen Bewegung) herbeiführen wollten, während die SMAD ihren Eifer zu zügeln und die Dinge in der Schwebe zu halten suchte. Das ist eine ziemlich gravierende Einschätzung, die nicht ohne weiteres für bare Münze genommen werden darf, sondern zu tiefergehenden Untersuchungen herausfordert. Sie ist aber als Hypothese nicht ohne Plausibilität. Die Sowjetunion, auch unter der Diktatur Stalins, sah sich als ein globalstrategisch handelndes Subjekt, für das die eigene nachhaltige Stabilisierung wichtiger war als die bloße territoriale Ausdehnung ihres Herrschaftsbereiches; so mochte es Stalin und seinem Führungszirkel vielleicht angezeigt erschienen sein, die Verhältnisse in Deutschland für einige Zeit unentschieden zu lassen. Die deutschen Kommunisten hingegen, für die in Emigration, Widerstand und Haft die Hoffnung auf die nahe Überwindung des Kapitalismus Überlebenselixier gewesen war, mussten in der Koinzidenz von Zusammenbruch des besiegten Naziregimes und Anwesenheit sowjetischer Besatzungstruppen eine einzigartige Chance erblicken, den Übergang zum Sozialismus so schnell wie möglich in Angriff zu nehmen, ehe die Gelegenheit wieder hinter dem Horizont der Geschichte entschwand. Da sie, als Kommunisten, auf das sowjetische Sozialismusmodell eingeschworen waren (selbst bescheidene Ansätze eigenständiger Sozialismusvorstellungen wur-



den in der SED, wie die Ackermann-Debatte schon früh zeigte, unnach-sichtlich eliminiert), lag es nahe, dass sie die in der Sowjetunion eingeführten Strukturen und Regularien auch auf dem Gebiet des Hochschulwesens mög-lichst komplett zu übernehmen suchten.

Danach ist es nicht ausgeschlossen, dass das mit dem Übergang zum Zehnmonate-Studienjahr (sogenannte zweite Hochschulreform) verbundene Paket von Disziplinierungs- und Unifizierungsmaßnahmen dem DDR-Hochschulwesen nicht von der sowjetischen Vormacht aufgezwungen, sondern durch die SED-Führung ohne äußere Nötigung aus der Sowjetunion impor-tiert worden ist. A.P.Nikitin urteilt im Ergebnis seiner Archivstudien beispiele-weise, das Scheitern der Hoffnung, wenigstens einige alte Traditionen der deutschen Hochschule zu bewahren, sei „in größerem Maße auf die ständig wachsende Aktivität und die Kompromisslosigkeit der deutschen Kommuni-sten zurückzuführen, die zur Sowjetisierung der ostdeutschen Hochschulbil-dung sowohl vor dem Oktober 1989 als auch nach der Gründung der DDR viel mehr beigetragen haben als die SMAD“ (S. 53).

In der Frage, inwieweit die SMAD das ostdeutsche Hochschulwesen über die Entnazifizierung und die verstärkte Öffnung des Zugangs für Arbei-ter- und Bauernkinder hinaus überhaupt grundlegend umgestalten wollte, offenbart das Buch einen bemerkenswerten Dissens. Jene, die selbst dabei gewesen sind, neigen zu dem Urteil, der Respekt vor den eigenständigen Tra-ditionen der deutschen Wissenschaft sei die bestimmende Grundhaltung der SMAD gewesen. So berichtet die Germanistin G.N.Snamenskaja, die zeitwei-lig in der SMAD gearbeitet hatte, ihr unmittelbarer Chef Solotuchin hätte im-mer den Standpunkt vertreten: „Nie rütteln an dem Bewährten, nie die hun-dertjährigen progressiven Traditionen der deutschen Universität zerbrechen. Ich schwöre Ihnen, das war der Leitsatz, dem wir in unserer Arbeit folgen soll-ten und wollten“ (S. 353). Nach den Erinnerungen Nikitins sagte Solotuchin einmal bei einer Beratung mit seinen Mitarbeitern: „Wir alle haben bei den deutschen Universitäten in die Lehre zu gehen“ (S. 3). Auf Heinemanns Fra-ge, warum die SMAD – anders als die westlichen Besatzungsmächte – nicht mit speziellen Hochschuloffizieren operiert hätte, entgegnete der damalige Sektorenleiter Nikitin: „Das war eine prinzipielle Frage. Warum? Wir wollten den deutschen Professoren den täglichen Anblick von russischen Offizieren in Uniform an der Universität ersparen“. Diese wichtige Entscheidung sei mit

dem Oberbefehlshaber Shukow und dem Politischen Berater Semjonow abgestimmt gewesen (S. 82). Immer wieder begegnet man bei früheren Mitarbeitern der SMAD Aussagen mit dieser Tendenz.

Jene russischen Autoren, die den Gegenstand als Forscher analysiert haben, ohne selbst beteiligt gewesen zu sein, messen hingegen solchen Impressionen anscheinend keine prinzipielle Bedeutung bei. So setzt Nikitin junior, der die aus dem Fehlen eines vorab festgelegten wissenschafts- und hochschulpolitischen Umgestaltungsprogramms der Besatzungsmacht resultierenden Freiräume durchaus sieht, einen anderen Akzent als sein Vater: „Es versteht sich, dass die Selbständigkeit der Politik der SMAD lediglich relativ war und sich in der Hauptsache auf taktische Fragen beschränkte. Die SMAD, die ein Organ des sowjetischen Staates war, führte eine mit der strategischen Linie identische Politik durch, die auf die Herausbildung eines Systems der Bildung gerichtet war, das prinzipiell dem in der UdSSR existierenden glich“ (S. 2).

Das ist keine drittrangige Detailfrage, sondern führt direkt auf das Grundproblem der deutschen Nachkriegsgeschichte schlechthin: Welche Kräfte konstituierten die divergierenden Pfade, denen die beiden deutschen Gesellschaften fortan folgten? Waren es die Besatzungsmächte, sei es durch die von ihnen absichtsvoll praktizierte Politik, sei es durch die Macht der von ihnen gesetzten Fakten? Oder waren es eher deutsche Akteure, die die von den Besatzungsmächten hergestellten Konditionen als Ressourcen zur Verfolgung ihrer eigenen Zwecke nutzten? Evident ist hier nur, dass die Antwort hier keine ausschließende sein kann – wie aber die Gewichte auf beide Seiten verteilt waren, wird die Gemüter weiterhin bewegen.

### III

In der Vielzahl der Aufgaben, mit denen sich die Abteilung Volksbildung der SMAD zu beschäftigen hatte und in die der vorliegende Band Einblick gibt, war der soziale Wandel im Bildungs- und Wissenschaftssystem Ostdeutschlands der Mittelpunkt. Auch in der frühen DDR dürfte die soziale Umschichtung gegenüber der gleichfalls zu registrierenden Veränderung der Inhalte noch im Vordergrund gestanden haben. Der Umbau des Institutionengefüges, beginnend mit der von der Besatzungsmacht veranlassten Errichtung der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung (aus der 1949 das Volks-

bildungsministerium der DDR hervorging), ist vor allem als Ausbildung der Formen anzusehen, in denen sich dieser Wandel vollzog.

Die Edition bietet façettenreiche Bilder dieses fundamentalen Vorgangs. Allerdings muss bei der Lektüre berücksichtigt werden, dass die jeweiligen – und bei den russischen Vertretern nach dem Untergang des Sowjetsystems mitunter dezidiert „gewendeten“ – politischen Ansichten der Autoren auf ihre Urteile teilweise stark durchschlagen. Nichtsdestoweniger ist das dargebotene Faktenmaterial meist reichhaltig genug, um eine unabhängige Meinungsbildung zu gestatten. Elemente des Tendenziösen in den Äußerungen von Zeitzeugen, manchmal auch von Historikern, zeigen sich beispielsweise dann, wenn gewöhnlicher Professorenkonservatismus, der sich jeglicher Veränderung widersetzte, glorifiziert wird oder wenn Neuerungen wie die Einführung der Aspirantur allein wegen ihrer Verbindung mit politischen Machtinteressen einseitig negativ bewertet werden. Der Zeitgeist des damals gerade erst erungenen Sieges über den „Realsozialismus“ hat in den Texten zweifellos Spuren hinterlassen, die den Band nicht nur als eine Forschungsarbeit über eine besonders interessante Periode der Zeitgeschichte, sondern auch seinerseits als ein Zeitdokument kennzeichnen. Heute würde man manche Wertungen distanzierter und differenzierter treffen können. Stellte die traditionelle bürgerliche deutsche Universität um die Mitte des 20. Jahrhunderts tatsächlich (noch) ein so eindeutiges Positivum dar, dass man jeden Versuch ihrer Veränderung (oder auch „Zerstörung“, wie es gelegentlich heißt) von vornherein mit Skepsis betrachten musste? Inwieweit war diese Universität als vermeintlich ideale Institutionalform nach zwölf Jahren Naziregime überhaupt noch unbeschädigt vorhanden? Weshalb sahen sich Professoren, die alle Zumutungen des Nationalsozialismus bis hin zur Entfesselung eines Weltkrieges klaglos hingenommen hatten, nun zu empörter Reserve gegen das Arbeiter- und Bauernstudium oder gegen die verordnete Einführung von Marxismusvorlesungen berechtigt, und was legitimiert Historiker, in dieser Reserve eine Manifestation demokratischer Haltung zu erblicken? Fragen dieser Art müssen mitbedacht werden, um zu ausgewogenen Urteilen über die Nachkriegsvorgänge zu gelangen.

Es ist evident, dass die soziale Umschichtung im ostdeutschen Bildungs- und Wissenschaftssystem, die im Horizont des von der SED angestrebten gesellschaftlichen Umbaus lag, aus der Radikalisierung eines von den Alliierten

zunächst einvernehmlich verfolgten Programms zur Beseitigung der Fundamente des Nationalsozialismus in der deutschen Gesellschaft hervorgegangen ist. Überraschend ist allerdings der aus dem Mosaik der Äußerungen zu entnehmende Eindruck, dass der ursprüngliche alliierte Konsens in diesen Fragen sehr weit ging – nicht nur hinsichtlich der Entfernung früherer Nationalsozialisten aus dem öffentlichen Dienst und damit aus dem gesamten Bildungswesen, sondern auch hinsichtlich einer besonderen Förderung des Zugangs von Kindern aus bisher benachteiligten sozialen Milieus zu den Einrichtungen der höheren Bildung. Der Gedanke des Arbeiter- und Bauernstudiums war nicht so ausschließlich „kommunistisch“, wie manche spätere Darstellung zu suggerieren suchte. Von besonderem Interesse ist hier der Hinweis auf die im Alliierten Kontrollrat noch im Februar 1948 – also kurz vor seiner Auflösung – einvernehmlich erarbeiteten Bestimmungen für die Aufnahme von Studenten in die Hochschulen; darin waren sowohl Sondermaßnahmen zur Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern, die früher keine Möglichkeiten zu einem Hochschulstudium hatten, als auch eine Privilegierung von aktiven Antifaschisten und deren Kindern beim Hochschulzugang vorgesehen (S. 49f.). Die bekannten Maßnahmen zur Forcierung des Arbeiter- und Bauernstudiums in der frühen DDR konnten, so gesehen, an eine Tendenz anknüpfen, die von alliierten Nachkriegsvereinbarungen ihren Ausgang nahm.

Die Abteilung Volksbildung der SMAD konnte sich, wenn sie diese Tendenz unterstützte, zumindest bis zu einer gewissen Grenze im Einklang mit den alliierten Vereinbarungen zur Deutschlandpolitik fühlen. Es werden aber auch verschiedene aufschlussreiche Episoden angesprochen, aus denen deutlich wird, dass die Landes- und Provinzialverwaltungen der SMAD bei der Überschreitung dieser stillschweigend gültigen Grenzlinie (etwa dann, wenn Hochschullehrer nicht wegen erwiesener nationalsozialistischer Bindungen, sondern einfach wegen „bürgerlicher“ Positionen gemäßregelt wurden) oftmals weit unbekümmerter vorgingen als die wesentlich moderater operierende zentrale Volksbildungsabteilung. Überhaupt ist es ein begrüßenswerter Vorzug des Bandes, dass er auf die inneren Widersprüche und Inhomogenitäten der sowjetischen Besatzungspolitik Bezug nimmt. Um die Vorgänge an einzelnen Universitäten – etwa an der Universität Jena, von der relativ oft die Rede ist – wirklich zu verstehen, genügt es nicht, die Haltung der Berliner SMAD-Zentrale zu betrachten. Ähnlich wie sowjetische Organe mit unterschiedlichem

Funktionsprofil häufig unkoordiniert oder (wie der Geheimdienst von der SMAD) vollkommen unabhängig voneinander handelten, bewiesen auch die Militärverwaltungen der Länder und Provinzen ein hohes Maß an Eigensinn, und das eher zum Nachteil als zum Vorteil der betroffenen deutschen Institutionen<sup>7</sup>.

Den Einstieg zur Überwindung des Nationalsozialismus und seiner Nachwirkungen im Bildungs- und Wissenschaftssystem bildete die massenhafte Auswechslung von Personal, die sogenannte Entnazifizierung. Neben vielfältigen Bezugnahmen auf diesen Vorgang im Konferenzprotokoll enthält der Band eine zusammenfassende Untersuchung zur Entnazifizierung der Universitäten in der SBZ von D.N.Filippovich und eine Spezialstudie zu den Auswirkungen der Reparations- und Entnazifizierungspolitik der SMAD an der Bergakademie Freiberg von A.Haritonow. Soweit den Texten zu entnehmen ist, bewegte sich die SMAD hier in dem vom Alliierten Kontrollrat vorgezeichneten Handlungsrahmen, schöpfte diesen aber auch voll aus. Gelegentliche Behauptungen, in der SBZ wären ehemalige aktive Nazis in großer Zahl in verantwortlichen Positionen geblieben oder wieder in solche gelangt, finden zumindest für den Bereich der Wissenschaft hier keine Bestätigung. Die SMAD orientierte sich darauf, grundsätzlich auch die „nominellen“ NSDAP-Mitglieder aus den wissenschaftlichen Einrichtungen zu entlassen. Philippovich hatte Zugang zu den Statistiken der SMAD. Danach nahm der Lehrkörper der sechs Universitäten in der SBZ sowie der TH Dresden von Januar 1945 bis Januar 1946 auf etwa ein Viertel ab – von 2071 auf 516 Personen; von den Ausgeschiedenen waren 589 Personen ehemalige Mitglieder der NSDAP (weiterreichende Zahlen bis zum Frühjahr 1948, dem offiziellen Abschluss der Entnazifizierungskampagne, liegen nicht vor). Lediglich 8 Professoren, die der NSDAP angehört hatten, verblieben nach individueller Prüfung im Lehramt, bis Dezember 1948 wurden insgesamt 85 Lehrkräfte mit NS-Vergangenheit wieder in der Hochschullehre eingesetzt.

Der außerordentliche Personalmangel im Wissenschaftsbereich, der als kombinierter Effekt von Kriegsfolgen und Entnazifizierung eingetreten war, konnte nur durch die Eröffnung nichttraditioneller Karrierewege gemildert werden; selbst unter günstigsten Bedingungen hätte der herkömmliche Weg der Heranbildung wissenschaftlichen Nachwuchses über Assistenzen nicht ausgereicht, um die Lücke zu schließen – von den damals noch nicht abseh-

baren, aber schon bald einsetzenden Anforderungen an eine massive Personalexpansion (etwa ein Jahrzehnt später war die wissenschaftlich-technische Revolution schon in aller Munde) gar nicht zu reden. Sobald man die Entnazifizierung als unvermeidlich akzeptierte, gab es gar keine andere Wahl. Mit der sich anbahnenden Zweiteilung der Welt nahm das Problem zudem sehr bald noch weit gravierendere Züge an. Der Kalte Krieg war zunächst und vor allem ein Kampf um Humanressourcen. Der Westen war hier von vornherein im Vorteil, in erster Linie aufgrund des elementaren Umstandes, dass die USA nicht nur als militärische Siegerin, sondern auch unzerstört und wirtschaftlich und technologisch gestärkt aus dem Krieg hervorgegangen waren. Es bedurfte gar keiner gezielten Abwerbung; schon das mit Marshallplan auf der einen, einschneidenden Reparationen auf der anderen Seite rasch wachsende Wohlstandsgefälle reichte aus, um einen steten Abstrom qualifizierten Personals von Ost nach West in Gang zu setzen und damit die Situation in der SBZ noch angespannter zu gestalten.

Hinzu kamen hausgemachte Ursachen wie Schikanen gegen „reaktionäre“ Professoren, die deren Neigung zur Übersiedelung in die Westzonen zum Entschluss reifen ließen, und die allgemeine Unsicherheit an den Universitäten, die der NKWD durch willkürliche Verhaftungen und Verschleppungen von Lehrkräften und Studenten auslöste. Zu diesem ganzen Problembereich bietet der Band eine Fülle von Material. Alles in allem resultiert der Eindruck, dass in der SBZ zwar Fälle rüden Vorgehens gegen „reaktionäre“ Professoren auftraten, das dominante Motiv für die Abwanderung von Wissenschaftlern aber der Sog der günstigeren Arbeits- und Lebensbedingungen in den Westzonen gewesen ist. Die SMAD hat, soweit aus den Berichten der Zeitzeugen ersichtlich ist, diese Entwicklung mit größter Sorge betrachtet und versucht, effektiv gegenzusteuern. Zumindest in der Periode, um die es hier geht, stand das Bemühen im Vordergrund, die „alte“ Intelligenz zu halten, nicht die Intention, sie so schnell wie möglich zu verdrängen.

In diesem Zusammenhang fällt auch neues Licht auf die erste Kulturverordnung vom 31. März 1949. Wie A.P. Nikitin mitteilt, führte die Abteilung Volksbildung der SMAD, beunruhigt durch Symptome der Unzufriedenheit unter den ostdeutschen Wissenschaftlern und eine zunehmende Tendenz zur Übersiedelung in die Westzonen, 1948 eine eigene Untersuchung zur Lage der Professorenschaft und der übrigen Wissenschaftler an den Hochschulen

durch. Im Ergebnis wurde die Arbeit an einem Befehl über grundlegende Verbesserungen der materiellen Lage und der sozialen Lebensbedingungen des Lehrkörpers der Hochschulen und der Mitglieder der DAW aufgenommen. Sukzessiv entstand ein umfangreiches Maßnahmenbündel, zu dem unter anderem auch die Einführung der Nationalpreise gehörte. Die SMAD hielt es angesichts der absehbaren Staatsgründung jedoch für zweckmäßig, dass dieses Problem nicht als sowjetischer Befehl, sondern als Verordnung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) verkündet wurde. Erst danach bestätigte der Befehl Nr.36 die Verordnung und verpflichtete die Organe der SMAD, an ihrer Erfüllung mitzuwirken. Nikitin vertritt den Standpunkt, der Parteivorstand der SED hätte dazu eine „ziemlich kühle Einstellung“ (S. 72) an den Tag gelegt; in späteren Rückblicken pflegte sich die SED selbst als Initiatorin der Kulturverordnung darzustellen.

#### IV

Aus vielen Mosaiksteinen ergibt sich in diesem Band ein faszinierendes Panorama der wissenschaftspolitischen Entwicklungen in Ostdeutschland während der Nachkriegsjahre unter unmittelbarer Verantwortung der Besatzungsmacht bei allmählicher Übertragung der Kompetenzen an die deutsche Selbstverwaltung bis hin zur Frühzeit der DDR. Der Leser wird dazu aufgefordert, bestimmte Vorgänge, die bisher meist getrennt behandelt worden sind, in ihrem Zusammenhang und ihrer gegenseitigen Bedingtheit zu sehen, so etwa die Entnazifizierung mit der sozialen Umschichtung an den Hochschulen, die Aktionen der SMAD mit den Einstellungen und Verhaltensweisen der ostdeutschen wissenschaftlichen Intelligenz, die Prozesse in der SBZ mit den simultanen Entwicklungen in Westdeutschland usw. Neben einer reichen Ernte an Fakten und Meinungen ist das große Anregungspotential der herausragende Ertrag. In diesem gut mit Registern, Erläuterungen und weiteren Hilfsmitteln ausgestatteten Band stecken in nuce diverse Dissertationen und Monographien. Es steht zu hoffen, dass unter seinem Eindruck wenigstens einige davon geschrieben werden.

### Anmerkungen

- 1 Manfred Heinemann (Hrsg.): Hochschulwesen und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945–1952. Teil 1: Die Britische Zone. Bearb. von David Phillips. Hildesheim 1990; Manfred Heinemann (Hrsg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945–1952. Teil 2: Die US-Zone. Unter Mitarbeit von Ullrich Schneider. Hildesheim 1990; Manfred Heinemann (Hrsg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945–1952. Teil 3: Die Französische Zone. Bearb. von Jürgen Fischer unter Mitarbeit von Peter Hanske, Klaus-Dieter Müller und Anne Peters. Hildesheim 1991.
- 2 Manfred Heinemann (Hrsg.): Kultur- und Hochschulpolitik der Sowjetischen Militäradministration in der Sowjetischen Besatzungszone. Themenheft der Zeitschrift *Bildung und Erziehung* 45 (1992) H. 4.
- 3 Gottfried Handel / Roland Köhler: Dokumente der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zum Hoch- und Fachschulwesen 1945–1949. Berlin 1975.
- 4 Roland Köhler / Hans-Jürgen Schulz (Hrsg.): Erinnerungen sowjetischer Hochschuloffiziere 1945–1949. Berlin 1977.
- 5 Pjotr I. Nikitin: Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand: Wie ich die Universitäten der deutschen Besatzungszone „sowjetisierte“. Erinnerungen des Sektoreleiters Hochschulen und Wissenschaft in der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland. Berlin 1997.
- 6 Rainer Karlsch: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–53. Berlin 1993.
- 7 Die sowjetische Hochschul- und Wissenschaftspolitik in der SBZ ist auf regionaler Ebene bisher noch wenig untersucht. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet: Alexandr Haritonow: Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen 1945–1949. Weimar/Köln/Wien 1995.